

# Die Neuenburger "Chläblüsli"

Autor(en): **Omikron**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **43 (1960)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-410945>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Die Neuenburger «Chläblüsi»

I. Als tüchtige Weinbauern haben es die Neuenburger sonst eher mit der Reblaus zu tun; über diese wissen sie gewiß besser Bescheid als wir. Aber heute erinnert uns doch ein guter Teil der Neuenburger nicht an die Reblaus, sondern an die Kleblaus — und das kommt so:

II. Die evangelische Kirche des Kantons Neuenburg ist nicht Staatskirche. Darum muß sie als autonome Kirche auch ihre Steuern selber eintreiben. Und eben das bereitet Schwierigkeiten, in Neuenburg wie früher in Genf auch. Es zahlen nur 57,33 Prozent die volle Kirchensteuer; 11,41 Prozent zahlen diese Steuer nur teilweise, und 31,26 Prozent, also ein Drittel des Kirchenvolkes, zahlen überhaupt nichts. Kein Wunder, daß die Kirche in finanzielle Schwierigkeiten gerät. Das jährliche Defizit beträgt etwas mehr als 100 000 Franken. Wie soll der Kirche geholfen werden? Der Staatsrat schlägt dem Parlament vor, eine obligatorische Kirchensteuer vom Staate aus einzuführen. Dieser Plan aber führt nun wieder in erhebliche verfassungsrechtliche Nöte hinein, die wir hier weiter nicht darstellen wollen. Nur so viel sei verraten: Auch wenn der Staat von nun an als Steuerbüttel der Kirche die Kirchensteuer, natürlich nur unter den Mitgliedern der drei Kirchen, da einzieht, dort vielleicht sogar eintreibt — die drei Kirchen, die protestantische, die katholische und die christkatholische Kirche, sollen trotzdem nicht Staatskirche werden, sie sollen autonom bleiben.

Die Diskussion dieser Pläne im Neuenburger Parlament hielt sich auf beachtlicher Höhe. Der Vorschlag des Staatsrates wurde schließlich mit 65 gegen 25 Stimmen angenommen. Die Vorlage kommt nun vor das Volk. Der letztinstanzliche Volksentscheid wird auch uns stark interessieren.

Zu dieser für uns Freidenker wie für jeden naturwissenschaftlich gebildeten Monisten selbstverständlichen Feststellung gab Bischof Lilje in zarter Selbstkritik folgende Erklärung ab:

«Wahrscheinlich haben wir es falsch gemacht, daß wir nicht viel deutlicher und unbefangener ausgesprochen haben, daß zum Beispiel auch die Bibel die Sprache eines zeitbedingten Weltbildes spricht.» Die Bibel ist ein Produkt eines «literar-geschichtlichen Prozesses, der fast zwei Jahrtausende umspannt. Es ist gar nicht weiter verwunderlich, daß die Menschen, die etwa zur Zeit des Psalmisten oder später zur Zeit der Apostel sprachen, selbstverständlich die Vorstellungen ihres Weltbildes von damals benutzt haben...»

Zu dieser längst schon von Bibel- und Kulturkritikern, Geschichtsphilosophen und vor allem von Vertretern des historischen Materialismus gewonnenen Erkenntnis kam Bischof Lilje reichlich spät. Erst in allerjüngster Zeit wurden in zwei Büchern jene Probleme erörtert, die den Wahrheitsgehalt der Bibel und den Offenbarungsglauben stark erschüttern\*.

Wenn Bischof Lilje den Offenbarungscharakter der Bibel anzweifelt — «die Bibel spricht die Sprache eines zeitbedingten Weltbildes» —, dann rüttelt er selbst an den Fundamenten und Säulen der christlichen Kirche.

Angesichts der epochalen Errungenschaften der Atomphysik, der Astrophysik, der Hochfrequenztechnik und anderer, an den Raketenflügen maßgebend beteiligter Disziplinen bleibt ihm schließlich nichts anderes übrig; aber mit der Leugnung der Wahrheit der Offenbarung und dem Eingeständnis, daß die Bibel «ein zeitgeschichtliches» Dokument ist, sagte er sich selbst den Ast ab, von dem aus er «den Thron Gottes» als existent verteidigte. Einen Thron Gottes hat es aber niemals gegeben und gibt es nicht, weder in wörtlichem noch in bildlichem Sinne. Und obgleich die Bibel ein «zeitgeschichtliches» Dokument ist, von Menschenhirnen inspiriert und von Menschenhand geschrieben, das heißt, obwohl die kirchliche Lehre jener

III. Drei kritische Ueberlegungen drängen sich auf:

1. An sich ist es gar nicht so selbstverständlich, daß der Staat der bedrängten Kirche zu Hilfe kommen muß. Es ließen sich da sehr wohl auch andere Lösungen denken. Der Staat aber begründet seine Intervention mit dem Hinweis auf den günstigen Einfluß der Kirche auf Sitten und Bräuche. Dazu wäre von uns aus so viel zu sagen, daß wir lieber gar nicht erst anfangen. Sicher aber steht fest — dieses Argument kann heute einer ernsthaften Kritik nicht mehr standhalten, es kann daher auch nicht mehr überzeugen. Weiß der Neuenburger Staatsrat, daß heute auch innerhalb der protestantischen Kirche besonders die dialektische Theologie über die Zusammenhänge zwischen Kirchenherrschaft und Ethik ihre ganz besonderen und sehr skeptischen Auffassungen vertritt? Weiß der Neuenburger Staatsrat, daß Spanien, das der katholischen Kirche restlos und wehrlos ausgeliefert ist, eine Prostitution hat, die das ganze Land bis in die abgelegensten Dörfer hinaus recht eigentlich überschwemmt? (Siehe Wright: «Heidnisches Spanien».)

2. In der Großratsdebatte sprach ein Sozialist sein Bedauern aus darüber, daß der Kantonsbürger von vornherein als Kirchenmitglied betrachtet werde, daß man also zuerst aus der Kirche austreten müsse, wenn man als mündiger Mensch weltanschaulich seine eigenen Wege gehen wolle. Er sieht darin einen Verstoß gegen die Menschenrechte.

Bis hierher geben wir dem Sozialisten Wort für Wort recht. Wenn derselbe Sozialist aber die Austrittserklärung aus der Kirche als eine «unerträgliche» Mühe bezeichnet, so melden wir Protest an. Dieser Austritt ist heute eine kleine Formalität und bereitet weiter keine Mühe, haben doch die Kirchen heute weder das Recht, noch die Macht, noch die Kraft, einen Bürger gegen dessen eigenen Willen im Kirchenverband festzuhalten.

Zeit angepaßt war, in der sie entstanden ist und obgleich sie die sozialen und kulturellen Verhältnisse berücksichtigte, in deren Bereich ihre Vorschriften, ihre Gebote und Verbote, bestimmend waren, hat die Kirche, das «Heilige Officium», Hunderte Jahre später mit drakonischer Strenge alle jene Männer verfolgt, die an dem «Thron Gottes» rüttelten und nicht die Erde als Mittelpunkt der Welt und nicht den Menschen als das privilegierte «im Ebenbild Gottes» geschaffene Geschöpf anerkannten. Im 16. und 17. Jahrhundert brannten als Fanale einer «göttlichen» Ordnung die Scheiterhaufen mit den entseelten Körpern jener Märtyrer, die beispielsweise wie *Giordano Bruno* für eine Wahrheit starben, die heute auch die Kirche als solche anerkennen muß.

Der vor einigen Jahren verstorbene Dramatiker *Bertolt Brecht* hat in seinem Schauspiel «Das Leben des Galilei» ein Zeitbild entworfen, das das tragische Schicksal des großen Physikers und Astronomen in unsere nächste Nähe rückt und das religiöse Weltbild in seinem Verhältnis zu den jüngsten kosmischen Errungenschaften auch für unsere Tage passend beleuchtet:

«Auf stund der Doktor Galilei  
(schmiß die Bibel weg, zückte sein Fernrohr,  
warf einen Blick auf das Universum)  
und sprach zur Sonne: Bleib stehn!  
Es soll jetzt die creatio dei  
mal andersrum sich drehn.  
Jetzt soll sich mal die Herrin, he!  
um ihre Dienstmagd drehn.»

\* *Ernst Gardin*. Sagt die Bibel die Wahrheit? 2. Auflage. Lüneburg. Metta Kinau Verlag, 1959.

*Ernst Brauchlin*. Gott sprach zu sich selber. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Zürich, Freigeistige Vereinigung der Schweiz, 1959.

3. Da haben wir es nun ausschließlich mit unseren «Chlälüsi» zu tun, mit *dem* Drittel, also den Kirchenangehörigen, die durchaus keine Steuer zahlen wollen. Gewiß haben sie sich ihrem Glauben völlig entfremdet, haben innerlich mit Glauben und Kirche gebrochen. Diesen Bruch machen wir ihnen natürlich nicht zum Vorwurf; wenn irgend jemand auf der Welt sie darin versteht, dann sicherlich wir! Unsere sehr dringlich gemeinten Fragen aber lauten:

Wenn ihr doch mit der Kirche gebrochen habt, warum bleibt ihr Kirchenmitglieder? Warum denn krallt und saugt ihr euch, wie Klebläuse, so fest an diese Kirche an? Wenn ihr innerlich die Beziehungen zu Glaube und Kirche gebrochen habt, warum zieht ihr nicht die saubere Konsequenz, nun auch äußerlich die Beziehungen zu brechen? Warum nicht vor euch selbst, vor der Kirche und vor der Öffentlichkeit hier sauberen Tisch machen? Wenn euch wirklich nur noch die Sorge um die Konvention, die Sorge um Taufe, Ehe und Begräbnis an der Ablösung von der Kirche hindert — warum nicht mit wenig Mitteln und gutem Willen eine Organisation schaffen, welche die Durchführung dieser drei Feiern übernimmt, gewiß außerhalb des Kirchenglaubens, dafür auf dem Grund und Boden von weltanschaulichen Ueberzeugungen, die hinter denen der Kirche an Wahrheit, Würde und Schönheit in keiner Weise zurückstehen?

So weit unsere Fragen. Und nun unsere Wünsche:

a) Möchte doch die protestantische Kirche Kraft und Mut aufbringen, diese «Chlälüsi» vor der Kirchentüre von sich abzuschütteln! Ein ganzes Drittel ihres Mitgliederbestandes also ist für Kirche und Glaube tot und abgestorben. Die Kirche muß aber doch, so lange dieses Drittel in der Kirche bleiben will, ihre Betreuungsorgane auch für diese Abgefallenen bereit halten und besolden — eine schwere finanzielle Belastung!

Aber wir wissen, dieser Wunsch wird nicht in Erfüllung gehen. Die Kirche wird diese Kraft nicht aufbringen. Wohl aber ruft sie den Staat zu Hilfe, daß er an ihrer Stelle die säumigen Zahler am Kragen packe und zur Entrichtung der Steuer zwingt. Mit Teufelskraft wird so ein unwürdiger und unaufrichtiger Zustand erhalten. Aber offenbar macht das der Kirche keine großen Sorgen. Wichtiger als eine ehrliche und saubere Lösung ist ihr das statistische Prestige ihres Mitgliederbestandes.

b) Nun hat die Strafe unsere Klebläuse also doch noch erreicht. Jetzt also besorgt der Staat das Inkasso. Jetzt müssen sie daran glauben und ihre Kirchensteuern bezahlen, denn dem Staat stehen für sein Inkasso Druckmittel zur Verfügung, welche der Kirche nicht zustanden. Das geschieht den kirchlichen «Chlälüsi» ganz recht, wir mögen ihnen das Pech gönnen. Von uns aus dürfte der Staat diesen unverbesserlichen Klebläusen die doppelte oder dreifache Steuer «uffknallen» — wie der Berliner sagt! —, nur damit sie sich endlich zu dem schon längst fälligen Kirchenaustritt entschließen können.

Aber wir wissen — auch dieser Wunsch wird uns nicht erfüllt werden. Gut schweizerisch geht man hier allen tapferen und großen Entschlüssen aus dem Wege, gut schweizerisch wird auf dem breiten Mittelweg des geringsten Widerstandes weitergewurstelt!

Omikron

## Die SPD und die christlichen Kirchen

Wie der «Vorwärts», das Organ der SPD, meldet, trafen sich auf dem evangelischen Kirchentag die christlichen Sozialisten. Die Tagung stand unter der Leitung des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands, der unverdrossen an der Verständigung zwischen Christentum und Sozialismus arbeitet. Sozialistische Internationale und SPD haben 1953 und 1954 das Christentum ausdrücklich als eine sozialdemokratische Kraftquelle festgestellt. Die Kirche müsse wieder der Masse

der modernen Menschen die Botschaft Jesu nahebringen. Dazu müßten sich Kirche und Sozialismus in brüderlicher Tat die Hände reichen. In diesem Sinne ergingen an den Sozialistentag Grußworte von Willy Brandt (Berlin), Max Brauer (Hamburg), Werner Bockelmann (Frankfurt) und Heinrich Kopf (Hannover).

Folgerichtig heißt es denn auch in der Präambel zum neuen Grundsatzprogramm der SPD von 1959, daß die christliche Ethik zu den Wurzeln der Sozialdemokratie gehöre (allerdings waren die Gründer der SPD entgegengesetzter Meinung). Es wird gegenseitige Toleranz von Staat und Kirche gefordert und der Sozialismus als Ersatzreligion abgelehnt. Sozialdemokraten und Katholiken trafen sich im Rahmen der sogenannten «Sozialistischen Bodensee-Internationale». Alle Teilnehmer waren gewillt, künftig die Gespräche zwischen SPD und römischer Kirche weiterzuführen. Gemeinsamkeiten wurden festgestellt und hundertjährige alte Mißverständnisse abgebaut. Der Vertreter der Katholischen Kirche, Pater Simmel erklärte, es bestünden keine Hindernisse für eine Verständigung mehr, wenn die SPD sich an die päpstliche Enzyklika «Quadragesimo anno» halte, sich zum katholischen Naturrecht bekenne und die unaufgebbaren Wahrheiten der römischen Kirche respektiere. Das neue Grundsatzprogramm bedeute in dieser Hinsicht einen wesentlichen Fortschritt. Ferner wurde gefordert, die SPD solle der Kirche in der Gesellschaft das Mitspracherecht zugestehen in der Form, daß Weisungen der Kirche für die Katholiken in der SPD bindend seien und sich auch die katholischen SPD-Abgeordneten bei Abstimmungen entsprechend zu verhalten hätten.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund bemüht sich in seiner Spitze um die Gunst der katholischen Kirche. Zum ersten Male in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte sprach zur Eröffnung des Gewerkschaftskongresses in Stuttgart 1959 ein Jesuitenpater vom Zentralausschuß deutscher Katholiken. Der Kreisausschuß Hameln stellte einen Antrag, der die Mitgliedschaft in der katholischen Arbeiterbewegung für unvereinbar mit derjenigen im DGB erklären wollte. Er wurde vom Kongreß abgelehnt.

Doch seien auch die Stimmen, welche diese Entwicklung kritisieren, nicht verschwiegen:

So gut wie Erzbischof Kardinal Frings, Köln, in einer Predigt feststellte, daß Sozialismus und Katholizismus nicht vereinbar miteinander seien, es sei der Erbfehler aller Sozialisten, daß sie sich vom Staat alles erhofften und darüber die Familie vergäßen, nahm auch Willi Henkel vom Bund Freier Elternschaften Deutschlands zu den katholischen Forderungen Stellung: «Wenn der Sozialismus die unaufgebbaren Wahrheiten des Katholizismus respektiert, wird er aufgehört haben, Sozialismus zu sein. Die SPD müßte nicht nur ideologischen Ballast abwerfen, sondern alles verleugnen, was ihr Wesen ausmacht. Sie müßte geistigen und politischen Selbstmord begehen, ihre Mitglieder und Anhänger enttäuschen, ja geradezu von sich scheuchen. Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus sind zu hohe Güter, als daß sie wegen einer Verständigung mit dem Katholizismus jemals preisgegeben werden könnten.»

Der «Vorwärts», das Organ der SPD, kritisiert die erwähnten Vorkommnisse am Gewerkschaftskongreß. Die christliche Kollegenschaft im DGB habe sich als Organisation in der Gewerkschaft sehr ausgedehnt und mit einem Generalsekretär und einem Zentralausschuß an der Spitze Landes-, Kreis- und Ortsausschüsse gebildet, ihr Organ diffamiere den DGB und setze ihn häufig herab. «An der Spitze der Kollegenschaft steht nämlich ein hartgesottener Berater, der mit allen Wassern gewaschen und mit allen Oelen gesalbt ist.»

Gibt man dem Teufel den kleinen Finger, so nimmt er die ganze Hand.

I-D.